



## Niederschrift

### 2. Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Bauen

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Dienstag, 09.12.2008
<b>Sitzungsbeginn:</b>	18:30 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	22:17 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Hegelallee, Haus 1, Raum 405

---

#### Anwesend sind:

Herr Kutzmutz, Rolf	DIE LINKE	
Frau Tack, Anita	DIE LINKE	Leitung der Sitzung
Herr Dr. Seidel, Christian	SPD	
Herr Dr. Wegewitz, Hagen	SPD	
Herr Cornelius, Wolfgang	CDU/ANW	
Frau Hüneke, Saskia	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Teuteberg, Björn	FDP/Familienpartei	ab 18:42 Uhr
Herr Dr. Jacob, Timo	DIE LINKE	
Herr Pfrogner, Steffen	DIE LINKE	
Herr Potthast, Norbert	SPD	
Herr Roos, Karl-Heinz	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Schütt, Wolfgang	CDU/ANW	
Frau Wendeler, Alexandra	FDP/FP	
Herr Wiggert, Rudi	SPD	
Frau Dr. von Kuick-Frenz, Elke	Beigeordnete Stadtentwicklung und Bauen	

#### Nicht anwesend sind:

Herr Kümmel, Harald	SPD	entschuldigt
---------------------	-----	--------------

#### Gäste:

Herr Fuhrmann (GRI)	TOP 4.2	
Herr Rose (Anwohnerinitiative Watt-/Siemensstr.)	TOP 4.8	
Frau Dr. Chwolik-Lanfermann (Freies Tor – Bürgerverein Potsdam Innenstadt e.V.)		TOP 3.4
Herr Bockhorst (Planungsbüro)	TOP 4.9	
Herr Goetzmann, Andreas (FB Stadtplanung und Bauordnung)	TOP 3.6, 4.5	
Herr Wiemer (Sanierungsträger Stadtkontor)	TOP 4.7, 4.8	
Herr Steffens, Frank (FB Grün- und Verkehrsflächen)	TOP 2.4, 3.5	
Herr Lehmann, Dieter (Bereich Stadterneuerung)	TOP 4.1, 4.6	
Herr Schrandt, Axel (Arbeitsgruppe Straßenbau und Unterhaltung Bezirk Nord)	TOP 4.3	
Herr Kahle, Bernd (Bereich Stadtentwicklung/Verkehrsentwicklung)	TOP 3.3	
Frau Juhasz, Karin (Bereich Stadterneuerung)	TOP 3.1	
Herr Willuhn (TLG Immobilien)	TOP 4.5	
Herr Jäkel, Ralf (Fraktion DIE LINKE)		

#### Schriftführerin:

Frau Kropp, Viola

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Bestätigung der Tagesordnung / Bestätigung der Niederschrift vom 02.12.2008
- 2 Überweisungen - Mitteilungsvorlagen aus der Wahlperiode 2003-2008
  - 2.1 Erhöhte Verkehrssicherheit in der Straße "Am Neuen Garten" bzgl. Beschluss 08/SVV/0303  
DS 08/SVV/0780  
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung
  - 2.2 Verbesserung des Zustandes der Zufahrt zu den Rettungsstationen Ernst-von-Bergmann Klinikum und St. Josefs Krankenhaus bzgl. Beschluss 08/SVV/0406  
DS 08/SVV/0785  
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
  - 2.3 Arbeitsstand Garagenstandortkonzept bzgl. Beschluss 08/SVV/0356  
DS 08/SVV/0810  
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung
  - 2.4 Standards für den ländlichen Raum bzgl. Beschluss 08/SVV/0454  
DS 08/SVV/0815  
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
  - 3.1 Stadtteilmanagement Waldstadt II  
Vorlage: 08/SVV/0920  
Fraktion DIE LINKE
  - 3.2 Verbesserung der Verkehrsverhältnisse Brauhausberg und Leipziger Straße  
Vorlage: 08/SVV/0921  
Fraktion DIE LINKE
  - 3.3 Beschleunigung Wohnungskonzept  
Vorlage: 08/SVV/0924  
Fraktion DIE LINKE
  - 3.4 BID (Business Improvement District)  
Vorlage: 08/SVV/0943  
CDU/ANW Fraktion
  - 3.5 Seepromenade Groß Glienicke - Einleitstellen am Groß Glienicker See  
  
Vorlage: 08/SVV/0980  
Fraktion Grüne/B90  
auch in den Ortsbeirat Groß Glienicke
  - 3.6 Baurecht für KiTa und Wohnbebauung am Filmpark  
  
Vorlage: 08/SVV/0994  
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
  - 4.1 Information zu Straßenbaumaßnahmen Waldstadt II, Straße Am Teufelssee  
FB Stadterneuerung und Denkmalpflege
  - 4.2 Durchführung eines Pflasterworkshops 2009 - Abstimmung zu Vorgehenswei-

- se/Ablauf/Tagesordnung  
FB Grün- und Verkehrsflächen
- 4.3 Berichterstattung zu Arbeitsergebnissen Sanierung Maulbeerallee (sh. Beschluss 07/SVV/1003 und MV 08/SVV/0581)  
FB Grün- und Verkehrsflächen
- 4.4 Verständigung zur Aufstellung Bauanträge/Vorbescheidsanträge vom 20.08.2008 bis 19.11.2008  
FB Stadtplanung und Bauordnung
- 4.5 Vorhaben Auf dem Kiewitt 39 (ehem. Ufergaststätte)  
FB Stadtplanung und Bauordnung
- 4.6 Garde-Ulan-Kaserne, Freiflächen neben dem Kunsthaus (Bitte von Herrn Dr. Seidel um Information)  
FB Stadterneuerung und Denkmalpflege
- 4.7 Umgestaltung der "Neue Straße" und der Wollestraße in Potsdam-Babelsberg  
FB Stadterneuerung und Denkmalpflege  
Sanierungsträger Stadtkontor
- 4.8 Verständigung zu Baumaßnahmen Siemensstraße/Wattstraße und Gewährung von Rederecht für Vertreter der Anwohnerinitiative
- 4.9 Vorstellung Entwurf des Bebauungsplanes SAN-P 13 "Havelufer/Alte Fahrt"  
FB Stadterneuerung und Denkmalpflege
- 5 Sonstiges

## Protokoll:

### Öffentlicher Teil

#### zu 1 **Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Bestätigung der Tagesordnung / Bestätigung der Niederschrift vom 02.12.2008**

Die Ausschussvorsitzende, Frau Tack, begrüßt die Mitglieder des Ausschusses für Stadtplanung und Bauen, einschl. der neu hinzugekommenen sachkundigen Einwohner und die Gäste. Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Der Entwurf der Tagesordnung liegt den Teilnehmern vor.

Die Ausschussvorsitzende erinnert, dass in der vergangenen Sitzung den Vertretern der Anwohnerinitiative Watt-/Siemensstr. im Hinblick auf die Pflasterung der Straße die Gewährung von Rederecht und Information zugesagt worden ist. Hier war vereinbart worden, diesen Punkt (TOP 4.8) nach dem Punkt 1 zu behandeln.

Frau Hüneke greift die Presseinformation zur Durchführung einer Bürgerversammlung am 10.12.08 mit der Vorstellung des Bebauungsplanes Havelufer/Alte Fahrt auf. Sie macht aufmerksam, dass vereinbart worden sei, den Ausschuss jeweils aktuell auf dem Laufenden zu halten. Von daher bittet sie in der heutigen Sitzung um Vorstellung des Bebauungsplanentwurfes. Es erfolgt Verständigung, dass der TOP (4.9) ebenfalls noch vor dem 2. Punkt behandelt wird.

Weiterhin informiert die Ausschussvorsitzende, dass Frau Dr. Chwolik-Lanfermann (Freies Tor – Bürgerverein Potsdam Innenstadt e.V.) Rederecht zum TOP 3.4 (Business Improvement District) beantragt habe.

Hierzu erhebt sich seitens der Ausschussmitglieder kein Widerspruch.

Der entsprechend ergänzten Tagesordnung wird mit 6/0/0 zugestimmt.

#### **zu 4.8 Verständigung zu Baumaßnahmen Siemensstraße/Wattstraße und Gewährung von Rederecht für Vertreter der Anwohnerinitiative**

Herr Rose (Anwohnerinitiative Siemensstr./Wattstr.) erinnert an die früheren . Abstimmungen zur Pflasterung der historischen Straße. Er benennt 2 Probleme, das ist zum Einen die Linienführung im Kreuzungsbereich Siemens-/Wattstr. (Kritik – Bauträger Stadtkontor habe die Baupläne nicht zur Kenntnis gegeben) und zum Anderen die Pflasterung der Fußgängerquerung mit glattem Granitpflaster und die Pflasterung der Kreuzung mit „Wiener Pflaster“ (Patchwork – 3 verschiedene Pflasterarten).

Herr Rose spricht sich für eine gerade Linienführung (ohne „Beule“) und die Begrenzung auf eine Pflasterart aus.

Frau Dr. von Kuick-Frenz widerspricht der Darstellung; sie verweist darauf, dass die Planung im SB-Ausschuss - so wie sie vor Ort umgesetzt wird -vorgestellt worden sei. Darüber hinaus hat man Vertretern der Anwohnerinitiative auch die Pläne zukommen lassen.

Herr Wiemer (Sanierungsträger Stadtkontor) teilt mit, dass die Kreuzung mit dem gleichen Pflaster befestigt werde wie die Fahrbahn der Siemensstraße. Die Befestigung der Kreuzung mit „Wiener Pflaster“ sei ein Vorschlag der ausführenden Firma gewesen, der jedoch abgelehnt worden sei.

Frau Hüneke erinnert an den Beschluss im SB-Ausschuss; hier Verlegung mit historischem Pflaster soweit vorhanden. Sie habe es sich vor Ort angesehen und spricht von einer inkonsistenten Entwicklung. Der Rückbau der „Beule“ sollte erfolgen.

Herr Dr. Seidel spricht an, dass es sich hier um eine Verkehrssicherheitszone (30 km/h-Zone) handelt. Er sieht keine Verschlechterung für Fußgänger.

Frau Dr. von Kuick-Frenz betont nochmals, dass die Planung so wie sie ist, im SB-Ausschuss vorgestellt worden sei. Für einen Rückbau gäbe es keine finanziellen Mittel.

Herr Teuteberg unterstützt den Antrag von Frau Hüneke zum Rückbau der „Beule“. Für ihn sei nicht nachvollziehbar, warum das Straßenbild verändert werde. Die Verkehrssicherung sei für ihn kein Argument, da es sich um eine reine Anwohnerstraße handle. Er plädiert für die Wiederherstellung des ursprünglichen Straßenbildes.

Herr Kutzmutz nimmt Bezug auf die Dortustr.; hier gäbe es eine ähnliche Straßenführung und man sähe keinen Verstoß gegen historisches Pflaster. Es sollte so bleiben, wie jetzt gebaut wird.

Frau Hüneke sieht Probleme in der Detailplanung und stellt den Antrag auf Zurückbau der „Beule“.

Abstimmung: 2/5/0 – damit abgelehnt.

#### **zu 4.9 Vorstellung Entwurf des Bebauungsplanes SAN-P 13 "Havelufer/Alte Fahrt" FB Stadterneuerung und Denkmalpflege**

Frau Dr. von Kuick-Frenz teilt mit, dass eine Information zum Ablauf der verschiedenen Verfahren (Bebauungsplan und EU-weite Ausschreibung) gegeben worden ist. Die Verwaltung sei bemüht, das beschleunigte Bebauungsplanverfahren so transparent wie möglich darzustellen. Die Öffentlichkeitsbeteiligung sei im Moment eigentlich nicht erforderlich. Die Bürgerversammlung diene zur Information. Nach der TÖB-Beteiligung wird die Vorstellung der Ergebnisse erfolgen, bevor der B-Plan in die Auslegung geht.

Herr Bockhorst (Planungsbüro) geht anhand von Folien auf die Historie, die Vorgaben des Flächennutzungsplanes, die Ergebnisse der Planungswerkstatt aus dem Jahr 2006 und die Planungsziele ein. Dies seien die Vorgaben für den Bebauungsplan Havelufer/Alte Fahrt. Er gibt Erläuterungen zum B-Plan-Vorentwurf, hier handelt es sich um 3 Mischgebiete mit unterschiedlichen Höhenfestlegungen. Im Beirat „Potsdamer Mitte“ ist der Entwurf vorgestellt worden. Herr Bockhorst stellt den Planungsstand in groben Zügen kurz dar. Es müsse unterschieden werden, was im Rahmen des Bebauungsplanes bzw. im Rahmen der Ausschreibung geregelt werden solle.

Frau Dr. von Kuick-Frenz ergänzt, dass voraussichtlich im April die Rahmenbedingungen für das Ausschreibungsverfahren vorgelegt werden. Die detaillierte Ausschreibung wird auf jeden Fall zur Kenntnis gegeben ; ein Beschluss der Stadtverordnetenversammlung sei erforderlich (sollte zusammen mit dem Satzungsbeschluss auf den Weg gebracht werden).

Frau Hüneke spricht als wichtigen Punkt – sowohl in der Planungswerkstatt als auch im Beirat „Potsdamer Mitte“ – die Frage der Sicherung der historischen Zellenstruktur an und möglichst vielfältigen Nutzungsmix. Hier würde sie sich eine Möglichkeit für eine Höhendifferenzierung wünschen.

Herr Bockhorst äußert bzgl. der Parzellierung, dass es keine detaillierten Festsetzungen im Rahmen des Bebauungsplanes geben wird. Von daher sei der Rahmen für die Ausschreibung detailliert zu gestalten.

Frau Hüneke hätte eine Regelung zur Höhe der Baukörper erwartet.

Herr Dr. Seidel verweist bei der parzellenbezogenen B-Planung auf die Grenzwertigkeit; was die Bestandssicherung betreffe. Er hält es für gut, dass die Höhe unterhalb der Traufhöhe des Landtages bzw. Schlosses sei.

Herr Dr. Seidel richtet die Bitte an die Verwaltung, dass bei den Vorgaben auch die Empfehlungen aus dem Beirat „Potsdamer Mitte“ berücksichtigt werden.

Auf Rückfragen der Teilnehmer zur Durchwegung geht Herr Bockhorst kurz ein.

Herr Cornelius erkundigt sich, ob die Ausschreibung als ein Grundstück vorgesehen sei?

Frau Dr. von Kuick-Frenz antwortet, dass dies noch weiter zu konkretisieren sei.

Herr Cornelius bemerkt weiterhin, dass es Diskussionen über den nordöstlichen Teil des B-Planes gegeben habe und bittet hier um Information, ob eine Sichtbehinderung für die Häuser in der Burgstraße zu erwarten sei?

Frau Dr. von Kuick-Frenz äußert zur Baulinie, dass diese dem historischen Verlauf folge und ende, wo die historischen Flurstücksgrenzen waren. Auch die Frage der Tiefgarageneinfahrt sei noch zu diskutieren.

Frau Dr. von Kuick-Frenz fasst zusammen, dass es noch reichlich Diskussionsbedarf gäbe. Zielstellung sei, vor der Sommerpause sowohl den Bebauungsplan als auch die Ausschreibung in „trockenen Tüchern“ zu haben.

Herr Jäkel spricht den Erhalt der stadtbildprägenden Kastanie an. Im Hinblick auf den nordöstlichen Teil sollte es Bemühungen geben, für die vorhandenen Häuser in der Burgstraße keinen Konfliktpunkt zu schaffen.

Die Ausschussvorsitzende dankt für die Informationen.

## **zu 2 Überweisungen - Mitteilungsvorlagen aus der Wahlperiode 2003-2008**

### **zu 2.1 Erhöhte Verkehrssicherheit in der Straße "Am Neuen Garten" bzgl. Beschluss 08/SVV/0303 DS 08/SVV/0780**

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung

Die Mitteilungsvorlage liegt den Teilnehmern vor.

Frau Dr. von Kuick-Frenz teilt mit, dass die Verwaltung vor gut 4-5 Wochen der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten eine detaillierte Planzeichnung zum Wegeverlauf zukommen lassen hat (die Fraktionen haben die Information parallel erhalten). Leider sieht sich die Stiftung nicht in der Lage, einen konkreten Rückäußerungstermin zu benennen. Die Verwaltung wird dranbleiben.

Frau Dr. von Kuick-Frenz ergänzt, dass vorgesehen sei, einen Termin der Fraktionen mit dem Generaldirektor der Stiftung zu organisieren und informiert über ständigen Kontakt mit den Initiativen, z.B. Am Neuen Garten, was die Busführung usw. betrifft.

Rückfragen der Teilnehmer gibt es nicht.

Der SB-Ausschuss nimmt die MV 08/SVV/0780 zur Kenntnis.

### **zu 2.2 Verbesserung des Zustandes der Zufahrt zu den Rettungstationen Ernst-von-Bergmann Klinikum und St. Josefs Krankenhaus bzgl. Beschluss 08/SVV/0406**

**DS 08/SVV/0785**

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

Die Mitteilungsvorlage liegt den Teilnehmern vor.

Frau Dr. von Kuick-Frenz nimmt Bezug auf die in den finanziellen Auswirkungen dargestellten Kosten. Sie macht deutlich, dass selbst wenn ein Angebot von der Klink vorliegen würde, ggf. was die Planungskosten betrifft in Vorleistung zu gehen, das beschlossene Investitionsprogramm hat einen Zeitraum bis 2012 umfasst. Es kann nicht in Aussicht gestellt werden, dass bis zu diesem Zeit hierfür Geld zur Verfügung stünde.

Bei der Lennéstr./Zimmerstr. wäre ggf. eine Interimslösung aus Mitteln der Unterhaltung möglich (auf das Pflaster Flies und Asphalt aufzutragen), um schlimmste Missstände zu beseitigen.

Herr Dr. Seidel greift die Formulierung „als Fahrbahnbelag kommt nur ein emissionsarmer Belag in Frage“ auf. Dies klingt für ihn, als würde nicht wieder ge-

pflastert werden? Hierzu verweist er auf den Pflasterworkshop. Er sei strikt dagegen, mit dieser Drucksache zur Kenntnis zu nehmen, dass keine Pflasterstraßen mehr hinkommen.

Frau Dr. von Kuick-Frenz entgegnet, dass es auch Lösungen mit Pflaster geben würde.

Frau Hüneke merkt an, dass es ein Provisorium sein müsste, mit dem man gut leben kann.

Herr Jäkel hält nicht für angemessen, noch weitere 4 Jahre den Istzustand beizubehalten. Er spricht sich für das Provisorium mit Flies und Deckschicht aus.

Herr Cornelius geht auf die Charlottenstr. ein und äußert, ob es möglich wäre zu prüfen, ob auch dort provisorische Maßnahmen aus Unterhaltungsmitteln zum Einsatz kommen könnten.

Frau Dr. von Kuick-Frenz sichert für die Verwaltung die Prüfung zu; äußert jedoch in diesem Zusammenhang, dass beide Maßnahmen in einem Jahr nicht möglich werden. Hierbei nimmt sie Bezug auf die begrenzt zur Verfügung stehenden Unterhaltungsmittel.

Herr Dr. Seidel sieht auch vor dem Josefs-Krankenhaus den größeren Bedarf.

Der SB-Ausschuss nimmt die MV 08/SVV/0785 zur Kenntnis.

**zu 2.3      Arbeitsstand Garagenstandortkonzept bzgl. Beschluss 08/SVV/0356  
DS 08/SVV/0810**

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung

Die Mitteilungsvorlage liegt den Teilnehmern vor.

Frau Dr. von Kuick-Frenz teilt mit, dass zwischenzeitlich eine Beschlussvorlage Garagenstandortkonzept vorbereitet worden ist; die Überweisung aus der STVV 3.12.08 ist in den SB-Ausschuss erfolgt, so die Vorlage am 13.1.09 im Ausschuss behandelt werden wird. Von daher erübrigt sich eine Verständigung zur vorliegenden Mitteilungsvorlage.

Der SB-Ausschuss nimmt die MV 08/SVV/0810 zur Kenntnis.

**zu 2.4      Standards für den ländlichen Raum bzgl. Beschluss 08/SVV/0454  
DS 08/SVV/0815**

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

Die Mitteilungsvorlage liegt den Teilnehmern vor.

Herr Steffens (FB Grün- und Verkehrsflächen) geht inhaltlich kurz darauf ein.

Seitens der Teilnehmer erfolgen verschiedene Rückfragen, so u.a.

- zur Notwendigkeit einer Freileitung ohne beleuchtungstechnischer Funktion
- zum Generalbeleuchtungsplan. Hier wird gebeten, die Information der Verwaltung, dass die Ortsbürgermeister keine Probleme gesehen haben, im Protokoll festzuhalten.
- Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung.

Es wird festgestellt, dass das Anliegen des Antrages aufgenommen worden ist.

Der SB-Ausschuss nimmt die MV 08/SVV/0454 zur Kenntnis.

### **zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

#### **zu 3.1 Stadtteilmanagement Waldstadt II**

**Vorlage: 08/SVV/0920**

Fraktion DIE LINKE

Die Ausschussvorsitzende informiert, dass der Antrag im Finanzausschuss bis zur Beratung des Haushaltes 2009 zurück gestellt worden ist.

Herr Kutzmutz bringt den Antrag ein.

Zur Frage, wann der Haushalt für 2009 soweit vorbereitet worden sei, teilt Frau Dr. von Kuick-Frenz mit, dass die Haushaltsklausur am 19.12.08 statt finden wird und verweist auf den Januar/Februar 09.

Herr Kutzmutz unterbreitet den Vorschlag, die Beratung im Fachausschuss vorzunehmen, um zu erkunden, ob die Einstellung in den Haushaltsplan gewünscht ist.

Frau Juhasz empfiehlt den Antrag abzulegen und begründet es folgendermaßen: Das Quartiers- bzw. Stadtteilmanagement, ist ein Gegenstand des Förderprogramms „Soziale Stadt“, welches für Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf zum Einsatz kommt. Die Waldstadt II wurde nach weitgehender Differenzierung durch die Stadt und das zuständige Ministerium nicht als ein Stadtteil mit besonderem Handlungsbedarf (Problemgebiet) eingeschätzt. Damit sei das Gebiet nicht für die Inanspruchnahme des Programm „Soziale Stadt“ in Frage gekommen. Vielmehr sei vorgesehen, diese Fördergelder auf die wirklich betroffenen und damit bedürftigen Stadtteile in Potsdam wie, Am Schlaatz und Am Stern / Drewitz weiterhin zu konzentrieren.

Quartiersmanagement wird nicht für erforderlich angesehen. Kosten würden im Jahr 45 T€ betragen.

Herr Kutzmutz unterbreitet den Vorschlag heute keine Abstimmung vorzunehmen, sondern empfiehlt sachliche Argumente gegen die Argumente der Verwaltung zu finden.

Herr Dr. Seidel macht deutlich, dass zur Kenntnis genommen werden solle, dass alles, wo es Stadtteilmanagement gibt, über Förderkulissen finanziert wird.

Herr Schütt stellt fest, dass im Antrag kein konkreter Bedarf enthalten sei.

Herr Dr. Seidel meldet sich zur Geschäftsordnung und verweist darauf, dass der Antragsteller die Möglichkeit habe, den Antrag zurück zu stellen.

**Herr Kutzmutz stellt als Antragsteller den Antrag zurück, bis eine Antwort vorliegt, wie eine Finanzierung möglich ist.**

#### **zu 3.2 Verbesserung der Verkehrsverhältnisse Brauhausberg und Leipziger Straße**

**Vorlage: 08/SVV/0921**

Fraktion DIE LINKE

Die Ausschussvorsitzende gibt bekannt, dass der KOUL-Ausschuss eine geänderte Fassung zum Beschluss empfohlen hat.

Herr Jäkel übergibt der Ausschussvorsitzenden die geänderte Formulierung, einschl. Änderungen in der Begründung.

Herr Kutzmutz stellt die geänderte Fassung zur Abstimmung.

Frau Dr. von Kuick-Frenz macht aufmerksam, dass die Prüfung einen erhöhten Aufwand zur Folge habe.

Herr Dr. Seidel stellt klar, dass die Verwaltung mit diesem Antrag einen klaren Auftrag bekommen würde; es sei klar, dass sich nicht alles kurzfristig lösen lasse.

Der Ausschuss für Stadtplanung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung den Antrag in geänderter Fassung wie folgt zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, geeignete **Maßnahmen zur kurz- und mittelfristigen** Verbesserung der Verkehrsführung und zur Entlastung der Anlieger am Brauhausberg und in der Leipziger Straße zu ergreifen.

**Die Anlieger sind in den weiteren Entscheidungsprozess einzubinden. Die Fachausschüsse der Stadtverordnetenversammlung (SB, KOUL) sind einmal pro Quartal zu informieren.**

#### **Begründung:**

Die aktuell umgesetzten Maßnahmen der Verkehrsführung bewirken neben einigen Vorteilen in Teilen der Leipziger Straße zusätzliche erhebliche Belastungen der Anlieger Am Brauhausberg und in Teilbereichen der Leipziger Straße, erzeugen Umwegverkehre nach Hermannswerder und Caputh und bewirken problematische und stauanfällige Situationen am Leipziger Dreieck. Deshalb ist es erforderlich, vor allem im Interesse der Anlieger, kurzfristig Milderung der genannten Probleme zu erreichen. Weiterhin ist es nötig, nach besseren Lösungen für die Perspektive zu suchen, die den Interessen aller Beteiligten besser als heute entspricht.

Zu den kurzfristig zu prüfenden Maßnahmen zählen wir eine LSA-Signalisierung für Radfahrer am Fuße des Brauhausberges, um deren Sicherheit zu erhöhen und den Verkehrsfluss zu verbessern. Dazu wird die Präzisierung der Tempo-30-Zone vor der Schule für Montag bis Freitag angeregt und eine fortlaufende Verkehrserfassung in dem Bereich und Nachjustierung aller LSA nach Bedarf erwartet.

#### **Dazu gehören:**

1. Nach kurzfristigen Optimierungsmöglichkeiten der aktuellen Verkehrsführung zu suchen mit dem Ziel der Verringerung der Belastung der Anlieger, der Vermeidung von Stau und der Erhöhung der Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer. Dazu gehören die Prüfung einer signalisierten Kreuzungssituation für Radfahrer am Fuße des Brauhausberges und die Optimierung des Verkehrsflusses an allen betroffenen Knoten.
2. Die Gesamt-KFZ-Kilometer Bilanz der verschiedenen Varianten ist einander gegenüberzustellen. Es ist zu ermitteln, wie viele Anlieger in den zutreffenden Straßen von Verkehrslärm und Emissionen betroffen sind. Es sind Vorschläge für die konkrete Umsetzung von Lärmschutzmaßnahmen, insbesondere für Lärmschutzfenster und Lärmschutzwände zu erarbeiten.

3. Weitere Varianten der künftigen Verkehrsführung zu untersuchen, die zusätzlich zu den benannten Zielen die Vermeidung von Umwegverkehren in Richtung Caputh, Hermannswerder ermöglichen und eine gleichmäßigere Verteilung der Belastung bewirken.
4. Mit den Vorhabenträgern der Speicherstadt ergänzend zum Uferweg eine Lösung für einen zweiten (bei Dunkelheit beleuchteten) inneren Radweg zu verhandeln, die künftig Radfahrer stadtauswärts an der Innenseite der historischen Speichergebäude führen soll, um damit die Engstelle der Leipziger Straße auf kurzem Weg zu umgehen.
5. Prüfen, ob der in Richtung Süden und Westen führende Fernlastverkehr (LKW und Reisebusse) durch entsprechende Beschilderung über die Nutheschneelstraße und A 115 zum Dreieck Nuthetal geführt werden kann.

Zu den zu prüfenden mittelfristigen Maßnahmen zählen wir weitere Netzvarianten. Eine wesentliche davon ist die Teilung des stadtauswärtigen Verkehrs am Leipziger Dreieck: Der Verkehr nach Caputh, Hermannswerder verbleibt als „Anliegerverkehr“ in der Leipziger Straße mit Rechtsabbiegepflicht am Templiner Eck. Nur der Verkehr Richtung Michendorf wird über den Brauhausberg geführt. Ansonsten bleiben beide Hauptstraßen in beide Richtungen befahrbar. In der engen Stelle der Leipziger Straße wird Tempo 30 festgesetzt, vor der Schule am Brauhausberg bleibt Tempo 30 Montag bis Freitag. Der stadtauswärtige Radweg ist bei dieser Variante an der engsten Stelle im Innern der Speicherstadt zu führen. Diese Variante lässt eine ausgewogene Gleichbelastung aller Anlieger erwarten bei völligem Verzicht auf durch Einbahnstraßen bedingte Umwegverkehre. Damit dürfte die Gesamtbelastung mit Schadstoffen in dem Gebiet minimiert werden. Zusätzlich kann der stadteinwärtige Verkehr an der Einfallsgabelung beider Straßen per Wegweisung vorsortiert werden in „Innenstadt nach links“ und „Waldstadt nach rechts“. Damit lässt sich die Verteilung optimieren. Weitere von Bürgern angeregte Varianten sind ggf. in die ergänzende Prüfung einzubeziehen

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 7  
 Ablehnung: 0  
 Stimmenthaltung: 0

**zu 3.3 Beschleunigung Wohnungskonzept**

**Vorlage: 08/SVV/0924**

Fraktion DIE LINKE

Herr Kahle (Bereich Stadtentwicklung/Verkehrsentwicklung) informiert, dass ein bestimmter Zeitraum für eine fundierte Analyse erforderlich ist. Zum Vergleich teilt Herr Kahle mit, dass für die Erarbeitung des Radverkehrskonzeptes 12 Monate und für das Einzelhandelskonzept 7 Monate benötigt wurden. Hier handelt es sich um reine Arbeitszeit.

Für das Stadtentwicklungskonzept Wohnen wird ebenfalls ein entsprechender Zeitraum benötigt werden, einschl. der Öffentlichkeitsbeteiligung. Als geschätzten Zeitrahmen wären 6 Monate zu benennen.

Erste Handlungsergebnisse könnten etwa im April 2009 vorgelegt werden.

Herr Kutzmutz nimmt Bezug auf die Ausführungen von Herrn Kahle und bittet, diese in das Protokoll aufzunehmen.

Herr Dr. Jacob spricht das Wohnen im Alter an. Hier gäbe es dringenden Hand-

lungsbedarf, um Fördermittel in Richtung Stadt Potsdam zu lenken.

Frau Tack berichtet von einer kleinen Anfrage, die sie an den Landtag gerichtet habe. Hier wurde geäußert, dass im Laufe des Jahres 2008 das Stadtentwicklungskonzept Wohnen vorgelegt werde. Eine Lex Potsdam müsste gegründet werden, dafür wird das Wohnungskonzept benötigt. Sie sei deshalb sehr überrascht, dass noch ein erheblicher Zeitvorlauf benötigt werde.

**Herr Kutzmutz erklärt mit Aufnahme der Ausführungen von Herrn Kahle in das Protokoll den Antrag als erledigt.**

**zu 3.4 BID (Business Improvement District)**

**Vorlage: 08/SVV/0943**

CDU/ANW Fraktion

Herr Cornelius bringt den Antrag ein. Er macht deutlich, dass dieser auf Freiwilligkeit beruhe.

Frau Chwolik-Lanfermann (Freies Tor – Bürgerverein Potsdam Innenstadt e.V.) nimmt das Rederecht wahr. Sie empfiehlt, dem Antrag derzeit nicht zuzustimmen. Es sollte keine Bestellung eines Gesetzes erfolgen; wenn überhaupt, dann sollte auf einen konsensualen BID zurück gegriffen werden. Sie informiert weiterhin, dass die IHK Berlin Zwangs-BID's abgelehnt habe. Frau Chwolik-Lanfermann bittet die Verwaltung, die Auswertung der Veranstaltung vom 20.11.2007 vorzunehmen. Weiterhin sollte die Stadt eine Moderation am Runden Tisch übernehmen unter Einbeziehung der Betroffenen (bürgerchaftliches Engagement).

Herr Cornelius äußert darauf hin, dass auf gar keinen Fall Maßnahmen mit diesem Gesetz durchgeführt werden sollen, die Daseinsfürsorgemaßnahmen der Stadt sind. Bei einer Vorgabe von 70 % Zustimmung sieht er ein demokratisches Verhältnis gewahrt. Den Ausführungen von Frau Chwolik-Lanfermann könne er nicht folgen und bittet, dem Antrag zuzustimmen. Er macht deutlich, dass hier ein gewaltiger Vorlauf notwendig sei (ca. 3-4 Jahre bis zur Umsetzung) und betont nochmals, dass es freiwillig sei. Es würden nur die beschließen, die später auch bezahlen würden.

Herr Dr. Seidel äußert, dass er sich nicht vorstellen könne, dass das Ministerium auf eine „Gesetzesbestellung“ warte. Er findet es begrüßenswert und geht davon aus, dass es eines eigenen Beschlusses bedürfe.

Herr Kutzmutz vertritt die Auffassung, wenn in der eine IHK eine Veranstaltung durchgeführt worden ist, dass auch eine Auswertung erfolgen müsse. Diese hätte er gern zur Kenntnis.

Frau Tack spricht den Referentenentwurf an. Bisher sei man nicht ausreichend über Inhalte informiert und von daher könne heute noch keine Abstimmung vorgenommen werden.

Herr Teuteberg regt die Prüfung an; insbesondere den Gesetzesentwurf. Er bittet den Antragsteller, Herrn Cornelius, den Gesetzesentwurf den Ausschussmitgliedern zur Verfügung zu stellen, so dass nach Kenntnisnahme in einer der nächsten Sitzungen nochmals dazu Verständigung erfolgen könne.

Frau Hüneke spricht sich für eine Zurückstellung des Antrages aus.

**Herr Cornelius erklärt für den Antragsteller, dass der Antrag zurück gestellt wird.** Ggf. erfolgen Überlegungen einen Workshop durchzuführen.

Herr Schütt stellt die Frage, wer die Auswertung der Veranstaltung in der IHK zugesagt habe.

Frau Tack bittet um Prüfung.

**zu 3.5 Seepromenade Groß Glienicke - Einleitstellen am Groß Glienicker See  
Vorlage: 08/SVV/0980**

Fraktion Grüne/B90

auch in den Ortsbeirat Groß Glienicke

Frau Hüneke bringt den Antrag ein.

Die Ausschussvorsitzende berichtet, dass der Ortsbeirat Groß Glienicke den Antrag abgelehnt habe. Ein Vertreter aus dem Ortsbeirat ist nicht anwesend, so dass hierzu keine Aufklärung erfolgen kann.

Der KOUL-Ausschuss hat dem Antrag einstimmig zugestimmt.

Herr Steffens (FB Grün- und Verkehrsflächen) informiert, dass im Zusammenhang mit den derzeit laufenden Planungsarbeiten zum grundhaften Ausbau der Seepromenade (Bereich des Busringes) auch Möglichkeiten untersucht werden, das anfallende Regenwasser am Ort des Anfalls zu versickern.

Nach Abschluss der Planungsarbeiten werden die Ergebnisse im Rahmen einer Bürgerversammlung mit Teilnahme des Ortsbeirates vorgestellt.

Der Ausschuss für Stadtplanung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Verwaltung wird gebeten, im OT Groß Glienicke eine Versickerungsmöglichkeit von Straßenabwässern für die Dorfstraße und die Seepromenade neben den Straßenflächen durch Herstellung von Mulden und Rigolen zu prüfen. Es wird darum gebeten, eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung in Ergänzung der bisher geplanten Behandlung der Einleitstellen A1, A2 und A3 darzustellen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 7

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

**zu 3.6 Baurecht für KiTa und Wohnbebauung am Filmpark  
Vorlage: 08/SVV/0994**

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung

Die Mitteilungsvorlage liegt den Teilnehmern vor.

Herr Goetzmann (FB Stadtplanung und Bauordnung) teilt mit, dass parallel für die Januar-Sitzung eine Beschlussvorlage (Aufstellungsbeschluss zur 4. Änderung des Bebauungsplans Nr. 41 "Medienstadt Babelsberg" auf den Weg gebracht worden sei und geht erläuternd auf die Inhalte ein. Unstreitig sei eine Änderung des B-Planes Nr. 41 bzgl. der Schaffung von Baurecht für eine Kita erforderlich.

Herr Dr. Seidel erkundigt sich, ob die Aufgabe der Vorhaltetrasse Straßenbahn mit der für Januar angekündigten Vorlage verbunden sei.

Herr Goetzmann bestätigt dies.

Herr Jäkel äußert, dass bisher kein anderer Trassenvorschlag zur Kenntnis gegeben worden sei; deshalb sei eindeutig Klärung notwendig, bevor die Trasse wegfällt.

Die Ausschussvorsitzende verweist darauf, dass sich der Ausschuss mit dieser Thematik im Januar 2009 befassen werde.

Der SB-Ausschuss nimmt die MV 08/SVV0994 zur Kenntnis.

#### **zu 4            Mitteilungen der Verwaltung**

##### **zu 4.1        Information zu Straßenbaumaßnahmen Waldstadt II, Straße Am Teufelssee** FB Stadterneuerung und Denkmalpflege

Herr Lehmann (Bereich Stadterneuerung) erläutert die beabsichtigten Maßnahmen in der Waldstadt und gibt Informationen zum Straßenquerschnitt. Aufgrund der KAG-Umlage-Pflicht berichtet Herr Lehmann über das Ergebnis der Beteiligung der Eigentümer. Wenn die Wetterbedingungen es zulassen, würde mit der Maßnahme begonnen werden.

Herr Dr. Hegewitz spricht den Gartenausgang der dort ansässigen Kita an.

Herr Lehmann äußert, dass dies berücksichtigt werde. Es erfolge eine Abstimmung über den Sanierungsträger Stadtkontor i. Verbindung mit der beauftragten Firma.

##### **zu 4.2        Durchführung eines Pflasterworkshops 2009 - Abstimmung zu Vorgehensweise/Ablauf/Tagesordnung**

FB Grün- und Verkehrsflächen

Frau Dr. von Kuick-Frenz informiert, dass Herr Fuhrmann (Gesellschaft für Gesamtverkehrsplanung, Regionalisierung und Infrastrukturplanung mbH) den Workshop moderieren wird.

Herr Fuhrmann reicht den Teilnehmern eine Tischvorlage aus und geht inhaltlich auf die einzelnen Punkte ein. Er bittet in der heutigen Sitzung um eine Entscheidung hinsichtlich des Datums der Veranstaltung, der Festlegung auf einen Experten (sein Vorschlag wäre Herr Germann) und die Verständigung bzgl. eines Flyers.

Herr Fuhrmann bittet die Teilnehmer ggf. um Übermittlung von Ergänzungsvorschlägen etc.

Herr Teuteberg schlägt für die Tagesordnung als Ergänzung vor, Erfahrungen einer Anwohnerinitiative, einzubringen.

Frau Hüneke schlägt vor, die Thematik noch einmal in der Januar-Ausschusssitzung aufzurufen. Eine Entscheidung zu einem Experten sei ohne Kenntnis schwierig. Zusätzlich bittet sie den TOP 4 zu unterteilen (+ Aufnahme Punkt zur Wasserversickerungsfähigkeit sowie der verwendeten Materialien) und

um Unterteilung der Themen.

Ebenso sollten in die Zeitleiste noch Rückfrage-/Diskussionmöglichkeiten eingebaut werden.

Herr Dr. Seidel äußert, dass der 18.4. in den Osterferien sei und von daher der 25.4. 09 ein geeigneteres Datum.

Auch er spricht sich dafür aus, dass in jedem TOP mind. eine Rückfragezeit eingebunden werden müsse.

Inhaltlich erinnert Herr Dr. Seidel an den Beschluss der STVV von September 2008 zur Strategie und Konzept zum Erhalt der Natursteinpflasterflächen in Potsdam "Historische Straßen für alle", welche Grundlage für das Verwaltungshandeln sei. Bezogen auf die dem Beschluss beigefügte Aufstellung aller Pflasterstraßen sollte eine Rückkoppelung erfolgen, ob und wo es Problempunkte gibt (Konfliktpotential zur beschlossenen Liste).

Frau Dr. von Kuick-Frenz informiert, dass dies unter TOP 8 angesetzt sei.

Herr Dr. Seidel betont, dass es hier nicht nur eine Begrenzung für 2009 geben dürfe. Er bittet nochmals, dass die Verwaltung die Liste vorher nochmals durchgeht und das Konfliktpotential anmeldet.

Frau Dr. von Kuick-Frenz schlägt vor, im SB-Ausschuss vorher dazu zu berichten.

Herr Fuhrmann wird die 2 Exposés (Germann und Lanicca), einschl. Preisliste den Ausschussmitgliedern zur Verfügung stellen.

Bzgl. der Kostenannahme von 8-10 T€ für die Flyer regt Frau Dr. von Kuick-Frenz an, von Flyern abzusehen und statt dessen anschließend eine Dokumentation aufzubereiten.

Es erfolgt Verständigung seitens der Teilnehmer, den Pflasterworkshop am 25.4.09 durchzuführen.

Die Ausschussvorsitzende schließt den TOP; in der Januar-Sitzung wird er erneut aufgerufen.

#### **zu 4.3    Berichterstattung zu Arbeitsergebnissen Sanierung Maulbeerallee (sh. Beschluss 07/SVV/1003 und MV 08/SVV/0581)**

FB Grün- und Verkehrsflächen

Herr Schrandt (Arbeitsgruppe Straßenbau und Unterhaltung Bezirk Nord) teilt mit, dass Leistungen zur Beseitigung von Gefahrenstellen im September abgenommen worden sind. Mit dieser Leistung wurden 172 Schadstellen beseitigt, die einer Fläche von 225 m<sup>2</sup> entsprechen (Preis 10.720 €).

Frau Dr. von Kuick-Frenz berichtet, dass mit der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten noch keine Abstimmung zum Umgang mit der Maulbeerallee erfolgen konnte. Sie geht davon aus, dass die Maulbeerallee auch Thema des Jahresgesprächs zwischen den Oberbürgermeister und dem Generaldirektor der Stiftung sein wird.

Der SB-Ausschuss nimmt die gegebenen Informationen zur Kenntnis.

**zu 4.4      Verständigung zur Aufstellung Bauanträge/Vorbescheidsanträge vom  
20.08.2008 bis 19.11.2008**

FB Stadtplanung und Bauordnung

Die Aufstellung liegt den Teilnehmern vor. Konkretere Informationen der Verwaltung werden zu folgenden Vorhaben für die nächste SB-Ausschusssitzung erbeten:

- Lennéstr. 44
  - Hebbelstr. 1a
  - Käthe-Kollwitz-Str. 25
  - Berliner Str. 28, 29
  - Schwanenallee 3
  - Puschkinallee 7
  - Yorckstr. 18, 19
- (Feuerbachstr. 3 ist doppelt aufgeführt)

**zu 4.5      Vorhaben Auf dem Kiewitt 39 (ehem. Ufergaststätte)**

FB Stadtplanung und Bauordnung

Herr Goetzmann (FB Stadtplanung und Bauordnung) greift den unmittelbaren Zusammenhang mit der auf der TO stehenden Vorlage Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 119 „Auf dem Kiewitt“ auf.

Im Moment bestünden 2 Möglichkeiten. Entweder ein klar ausgearbeitetes Projekt (Errichtung eines Altenwohn- und Pflegeheims mit ergänzenden Dienstleistungseinrichtungen) zu realisieren, oder als andere Lösung Rahmenbedingungen über einen Bebauungsplan zu formulieren (was in Zukunft sein könnte).

Herr Goetzmann informiert, dass es nach vielfältigen Projektdiskussionen einen Interessenten für ein Altenwohn- und Pflegeheim gäbe (fünfgeschossiger Baukörper mit einer zur Neustädter Havelbucht ausgerichteten breiten Gebäudeseite). Problem sei hier, dass der Betreiber nicht warten werde, bis ein Bebauungsplanverfahren durchgeführt worden ist. Er sei daran interessiert, kurzfristig Klarheit zu bekommen. Im Zusammenhang mit der angekündigten Vorlage Aufstellungsbeschluss ist eine Entscheidung zu treffen. Konsequenz wäre: die Fassung des Aufstellungsbeschlusses wäre gleichzeitig die Absage an das Projekt.

Anhand einer Beamer-Präsentation geht Herr Goetzmann detailliert auf das beabsichtigte Vorhaben ein.

Herr Dr. Seidel bittet um digitale Zusendung der Präsentation.

Herr Kutzmutz möchte die Thematik in der Fraktion besprechen und ggf. den Betreiber dazu einladen.

Es erfolgt Verständigung dahingehend, dass allen Fraktionen die Präsentation kurzfristig zur Verfügung gestellt wird.

Herr Willuhn (TLG Immobilien) meldet sich zu Wort und bittet, sich im Ausschuss äußern zu dürfen. (Seitens der Ausschussmitglieder erfolgt Zustimmung.)

Er stellt dar, dass in der vergangenen Zeit vielfältige Varianten diskutiert worden sind; trotz der hier vorgestellten erheblichen Baumasse könne auch auf Vorteile verwiesen werden. Weiterhin informiert er detailliert zur beabsichtigten Nutzung des Projektes (Pflegeheim v. 110 Plätzen, betreutes Wohnen mit 50 Wohnungen und ca. 70 Arbeitsplätzen). Er sei gern bereit, in die Fraktionen zu kommen und werde sich auch selbst mit diesen in Verbindung setzen.

Die Ausschussvorsitzende hält fest, dass die Verwaltung die Unterlagen in die Fraktionen geben wird, so dass dort die Beratung erfolgen kann.

**zu 4.6 Garde-Ulan-Kaserne, Freiflächen neben dem Kunsthaus (Bitte von Herrn Dr. Seidel um Information)**

FB Stadterneuerung und Denkmalpflege

Herr Lehmann (Bereich Stadterneuerung) berichtet, dass es sich hier um eine Fläche aus dem Treuhandvermögen handelt. Hier sind Rodungsarbeiten vorgenommen worden, die der Beseitigung von Wildwuchs dienen. Es gibt keine aktuellen Vermarktungsvorhaben oder Bebauungsabsichten.

Herr Dr. Seidel äußert, dass er nachdenke, ob es angeraten sei, eine B-Plan-Änderung durchzubringen. Er nimmt die Ausführungen zur Kenntnis, dass akut keine Gefahr bestehe.

**zu 4.7 Umgestaltung der "Neue Straße" und der Wollestraße in Potsdam-Babelsberg**

FB Stadterneuerung und Denkmalpflege  
Sanierungsträger Stadtkontor

Herr Wiemer (Sanierungsträger Stadtkontor) informiert, dass im Frühjahr 2009 mit der Umgestaltung der „Neue Straße“ und der „Wollestraße“ (Abschnitt zwischen Neue Straße und Jutestraße) begonnen werden soll. Beide Straßen liegen im Denkmalsbereich.

Herr Wiemer berichtet:

**Neue Straße**

**Bestandssituation**

Die Gesamtbreite des Straßenraumes beträgt rd. 8,50 m. Die rd. 4,80 m breite Fahrbahn ist mit Granit-Reihen- und Polygonalpflaster befestigt und weist starke Verwerfungen auf. An die Fahrbahn schließen beidseitig ca. 1,65 m breite mit Bernburger Mosaikpflaster befestigte Gehwege an. Bis auf den zurückspringenden Bereich vor dem Neubau Neue Straße 1-2a sind aufgrund des engen Straßenraumes keine Bäume vorhanden. Geparkt wird vor dem Neubau Neue Straße 1-2a (Nebenanlagen quer zur Fahrbahn), ansonsten einseitig auf der Fahrbahn.

**Planung**

Es ist geplant, einen neuen Regenwasserkanal zu verlegen und die z.T. ca. 100 Jahre alten Trinkwasser-, Schmutzwasser- und Elektroleitungen zu erneuern. In diesem Zuge werden auch, sofern erforderlich, die Hausanschlüsse erneuert. Im Anschluss daran werden die Fahrbahn und die Gehwege in den alten Querschnitten wieder hergestellt.

In der Radverkehrsstrategie für Potsdam ist festgelegt, dass für Natursteinpflasterstraßen bauliche Einzellösungen vorzubereiten sind, die sowohl den Bedarf für den Radverkehr als auch den Erhalt des Pflasters berücksichtigen. Im Radverkehrskonzept ist für die Neue Straße ein glattes Pflaster in der Fahrbahnmitte genannt. Dies ist jedoch u.a. wegen der einseitig parkenden PKW nicht möglich.

Um gleichzeitig dem Bedarf des Radverkehrs nach einer möglichst glatten Fahr-

bahn und dem Beschluss zum Erhalt des Natursteinpflasters zu entsprechen, ist geplant, die Fahrbahn mit einem formatigen, geschnittenen Granitpflaster (ähnlich Alter Markt) zu befestigen. Die Pflasterung der Fahrbahn mit dem vorhandenen, formatigen Granitpflaster mit einer reversiblen, festen Verfugung wäre zwar möglich und würde der Lage der Straße im Denkmalbereich Rechnung tragen, würde aber nicht dem Bedarf des Radverkehrs nach einer möglichst glatten Fahrbahn entsprechen.

Die Gehwege werden mit dem wieder verwendbaren, formatigen Mosaikpflaster neu gepflastert, nicht wieder verwendbares Material wird durch möglichst gebrauchtes Natursteinmaterial ergänzt. Der zurückspringende Bereich vor dem Neubau Neue Straße 1-2a wird nicht bearbeitet.

## **Wollestraße**

### Bestandssituation

Die Gesamtbreite des Straßenraumes beträgt an der schmalsten Stelle 14,55 m, an der breitesten rd. 17,00 m, im Mittel rd. 15,50 m. Die rd. 6,00 m breite Fahrbahn ist mit Granit-Polygonalpflaster befestigt und weist sehr starke Verwerfungen auf. An die Fahrbahn schließen beidseitig ca. 1,80 m - ca. 2,00 m breite unbefestigte ehemalige Grünstreifen an. Die Breite der mit Bernburger Mosaikpflaster befestigten Gehwege (einschl. Oberstreifen, z.T. aus Wildpflaster, z.T. unbefestigt) beträgt auf der Westseite ca. 2,80 m - 3,00 m, an der Ostseite ca. 2,00 m - 2,50, an der Engstelle vor den Häusern 13 und 15 ca. 1,80 m.

In den Grünstreifen stehen in unregelmäßigen Abständen 85 Bäume, die eine Allee bilden. Die Wollestraße ist in Richtung Norden als Einbahnstraße ausgewiesen. Zurzeit wird beidseitig auf der 6,00 m breiten Fahrbahn geparkt, jedoch parken die Fahrzeuge mit 2 Rädern jeweils ca. 1,00 m auf den Grünstreifen. So verbleibt eine nutzbare Fahrspur von ca. 4,00 m Breite. Insgesamt können 122 Fahrzeuge abgestellt werden.

Vor der Umgestaltung wird ein neuer Regenwasserkanal verlegt und die z.T. ca. 100 Jahre alten Trinkwasser-, Schmutzwasser- und Elektroleitungen werden erneuert. In diesem Zuge werden auch, sofern erforderlich, die Hausanschlüsse erneuert. Im Anschluss daran werden die Oberflächen wieder hergestellt. Die Fahrbahn und die Gehwege werden mit dem wieder verwendbaren, formatigen Pflaster neu gepflastert, nicht wieder verwendbares Material wird aussortiert und durch möglichst gebrauchtes Natursteinmaterial ergänzt.

Vor Beginn der Planung wurde der Baumbestand durch den FB Grün- und Verkehrsflächen detailliert aufgenommen und bewertet. In der Wollestraße stehen 81 Rotdornbäume, 2 Birken, 1 Weide und 1 Götterbaum. Bei 54 Bäumen handelt es sich um Altbäume mit einem Stammdurchmesser von ca. 30-40 cm. Bei 31 Bäumen handelt es sich um Jungbäume mit einem Stammdurchmesser von ca. 10 cm, die in der jüngeren Vergangenheit nachgepflanzt wurde. Die Bewertung kommt zu folgendem Ergebnis:

Bei 38 der insgesamt 54 Altbäume ist aufgrund des Zustandes die Verkehrssicherheit nicht mehr gewährleistet, hier ist unabhängig von der Baumaßnahme eine kurzfristige Fällung erforderlich. Vor dem Hintergrund der anstehenden Umgestaltung hat der FB Grün- und Verkehrsflächen bislang von einer Fällung abgesehen.

Die übrigen 16 Altbäume sind u.a. durch die Parkbelastung bereits geschädigt und würden den Eingriff durch eine Baumaßnahme nicht überstehen, so dass

eine Fällung innerhalb von 2-3 Jahren nach Abschluss der Baumaßnahme erforderlich sein wird.

17 der insgesamt 31 Jungbäume (innerhalb der letzten 10-15 Jahre nachgepflanzt) sind u.a. durch die Parkbelastung so stark degeneriert, dass keine Weiterentwicklung zu erwarten ist und mittelfristig eine Fällung und Ersatz dieser Bäume erforderlich wird.

- Lediglich 14 der 31 Jungbäume sind so vital, dass sie erhalten werden können.

Die Untere Naturschutzbehörde hat sich dieser Bewertung angeschlossen.

#### Planung

Für die Umgestaltung gibt es 2 Varianten, deren Umsetzung vom Umgang mit den 14 erhaltbaren Jungbäumen und der gewünschten Anzahl von Stellplätzen abhängt. Allen Varianten gemeinsam ist die Aufhebung der Einbahnstraße, die Fahrbahnbefestigung mit formatigem Granitpflaster und die Gehwegbefestigung mit Mosaikpflaster / Oberstreifen aus Wildpflaster.

#### Variante 1 (Wiederherstellung des Bestandes / Erhalt der 14 vitalen Jungbäume / 1-seitiges Parken)

Der vorhandene Straßenquerschnitt wird beibehalten, das heißt, Gehwege und Grünstreifen werden in der alten Breite wieder hergestellt, lediglich die Fahrbahn wird um 10 cm auf 6,10 m verbreitert. Bei dieser Variante können die 14 vitalen Jungbäume verbleiben und es werden 82 neue Rotdornbäume gepflanzt (insgesamt 96 Bäume). Da zum Schutz der Bäume ein Parken auf den neu angelegten Grünstreifen nicht mehr möglich ist, kann aufgrund der Fahrbahnbreite von 6,10 m jedoch nur einseitig oder wechselseitig zweiseitig auf der Fahrbahn geparkt werden. Die verbleibende Fahrgasse mit einer Breite von 4,10 m entspricht in etwa dem Bestand und der Mindestanforderung nach RAST06. Bei Realisierung dieser Variante entstehen bei einseitigem Parken 58 PKW-Stellplätze, bei wechselseitigem Parken 50 PKW-Stellplätze. Gegenüber dem Bestand ist dies ein Defizit von 64 bzw. 72 Stellplätzen.

#### Variante 2 (Fahrbahnverbreiterung / Erhalt von 2 vitalen Jungbäumen / beidseitiges Parken)

Die Fahrbahn wird um 2,10 m auf 8,10 m verbreitert. Vor den Häusern 9-19 wird die Fahrbahn auf 6,10 m eingeengt. Hierdurch können 2 vitale Jungbäume verbleiben, ggf. auch 3 degenerierte Jungbäume, zusätzlich werden 90 neue Weißdornbäume gepflanzt (insgesamt 95 Bäume).

Die Breite der Grünstreifen beträgt im Mittel rd. 1,60 m, im Bereich der Einengungen rd. 3,00 m. Die Breite der Gehwege einschl. Oberstreifen beträgt auf beiden Straßenseiten mind. 1,80 m (davon mind. 1,30 m Mosaikpflaster).

Bei dieser Variante kann beidseitig auf der 8,10 m verbreiterten Fahrbahn geparkt werden. Die verbleibende Fahrgasse mit einer Breite von 4,10 m entspricht in etwa dem Bestand und der Mindestanforderung nach RAST06. Bei Realisierung dieser Variante entstehen 103 PKW-Stellplätze. Gegenüber dem Bestand ist dies ein Defizit von 19 Stellplätzen.

Herr Wiemer erklärt abschließend, dass es vorgesehen sei, den Bürgern die Planungsvarianten in einer Informationsveranstaltung im Januar 2009 vorzustellen und anschließend die Bürger zu befragen (jeder Anwohner und jeder Eigentümer erhalten per Brief eine Mitteilung mit der Möglichkeit zur Rückäußerung).

Verschiedene Teilnehmer ergreifen das Wort, u.a. äußert Herr Kutzmutz, dass man die Meinung der Bürger mit in die Entscheidung einbinden könne. Über das Ergebnis solle im SB-Ausschuss informiert werden.

Herr Dr. Seidel erkundigt sich nach der Stellungnahme der Unteren Denkmalbehörde.

Herr Wiemer bestätigt, dass beide Maßnahmen als genehmigungsfähig angesehen worden sind.

Frau Hüneke beantragt als zusätzliche 3. Option die Reparatur der Straßen (einschl. aller dabei zu bedenkenden Dinge) den Bürgern zur Kenntnis zu geben.

Herr Wiemer äußert, dass dies von den Eigenmitteln der Stadt und den Mitteln der EWP abhängig wäre, da eine Reparatur der Straße nicht förderfähig sei. Er verweist hier auf den langen Vorlauf mit der EWP.

Die Ausschussvorsitzende stellt den Antrag von Frau Hüneke zur Abstimmung: 2/4/1 – damit abgelehnt.

Herr Kutzmutz stellt den Antrag, das Votum aus der Einwohnerversammlung als Meinungsbild der Bevölkerung im Ausschuss vorzustellen, zur Entscheidung.

Abstimmung: 5/1/1

## zu 5      **Sonstiges**

Die Ausschussvorsitzende informiert die sachkundigen Einwohner darüber, dass in der vergangenen Sitzung die Bitte erfolgt sei, die Ausschussprotokolle (einschl. Anlagen) nicht mehr in Papierform auszureichen, sondern nur noch digital zu versenden. Sie schlägt vor, dass in der nächsten Ausschusssitzung noch einmal Verständigung dazu erfolgt.

Das Protokoll dieser Sitzung wird in Papierform heraus gegeben; die Ausschussmitglieder (Stadtverordnete) erhalten es zusätzlich digital.

Frau Hüneke greift nochmals den TOP 4.7 (Maßnahmen zur Umgestaltung der „Neue Str.“ und Wollestraße in Babelsberg) auf und bittet die Verwaltung, die schriftlichen Voten der Unteren Denkmalbehörde dem Protokoll beizufügen.

Die Ausschussvorsitzende wünscht allen ein schönes Weihnachtsfest und schließt die Sitzung